

Stabilisierungsvertrag für die Stadt Cuxhaven



Auszug aus: Pressegespräch 2015

Stellungnahmen zum Thema „Stabilisierungsvertrag für die Stadt Cuxhaven“ aus Stadtratsfraktion und Ortsvorstand (Bernd Jothe, Michael Glenz)

Hintergrund: 2015 hat der Rat entschieden, die aktuell über 300 Millionen Euro Schulden, die sich bei der Stadt angesammelt haben, im Rahmen eines Stabilisierungsvertrages mit dem Land Niedersachsen abzubauen. Dabei übernimmt das Land große Teile des Schuldendienstes, die Stadt muss dafür gleichzeitig weitere Einsparungen und Sparziele, wie z.B. den schrittweisen Abbau der Neuverschuldung nachweisen und dem Land darüber Rechenschaft ablegen.

Nachdem die SPD und die sich „Cuxhavener“ nennende Wählergemeinschaft sich auseinander „politisiert“ hatten und der Versuch einer neuen Politik gescheitert war, erforderte das einen Neuanfang. Da Dr. Getsch ja ein OB Kandidat von „Jamaika“ ist, haben wir Grünen uns nach intensiver Diskussion entschieden, das Angebot der SPD und der CDU im Rahmen einer Kooperation intensiv an der Entschuldung mitzuarbeiten und den OB und der Verwaltung dafür die politische Legitimation zu geben, angenommen. Die CDU und die SPD wollten uns und brauchten uns offensichtlich in dieser Phase. (...) Wichtigste Voraussetzungen einer politischen Zusammenarbeit ist ein wertschätzender Umgang miteinander und das Vertrauen, dass das miteinander Erarbeitete auch umgesetzt wird. Das ist nicht immer leicht.

Wichtig ist, die Haushaltsprobleme und die Finanzsituation der Stadt dauerhaft zu lösen. Darauf weist auch Grünen OV Sprecher Michael Glenz hin. Dabei muss auch der Landkreis mit ins Boot geholt werden, um die Stadt bei ihren Entschuldungsbemühungen intensiv zu begleiten. Da wird noch viel zu leisten sein. Die Grüne

Fraktionsspitze im Niedersächsischen Landtag und unser betreuender Abgeordnete Thomas Schremmer unterstützen uns dabei und verbreiten dabei einen gewissen Optimismus.

Sorgen bereitet uns, dass trotz aller euphemistischer Äußerungen des Landrates die bestmögliche interkommunale Zusammenarbeit dringend optimierungsbedürftig ist. Alle müssten doch ein großes Interesse daran haben, dass die aus der Geschichte heraus entstandenen Finanzprobleme der Stadt Cuxhaven (Einkreisung/strukturelle Probleme etc.) gelöst werden. Leider haben wir Grünen es versäumt, unseren Einfluss dahingehend einzubringen, die Entschuldung von Stadt und Landkreis im Zusammenhang abzuarbeiten, um eine nachhaltige Konsolidierung der Stadtfinanzen zu erreichen.



Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

Auf Vorschlag der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat der Rat einstimmig den „Kaiserslauterer Appell“ unterstützt. Darin fordern die finanzschwachen Städte aus ganz Deutschland von Bund und Ländern, ein gerechteres Gemeindefinanzsystem zu schaffen. Dieser Appell zeigt inzwischen bei der Bundesregierung Wirkung und davon werden auch die Stadt Cuxhaven und die Region profitieren. Die Städte dürfen ihre wichtige Funktion für die Qualität des sozialen und kulturellen Lebens nicht verlieren. Viele kritisieren den langen Sparweg, den die Stadt bisher gegangen ist und die Abgabe/Rückgabe von Aufgaben an den Landkreis beinhalten, als Irrweg. Der Verkauf u.a. der Stadtwerke, des Krankenhauses, des Altenheimes hat zu einem riesigen politischen Substanzverlust geführt. Wir werden unseren Weg für die Zukunft kritisch reflektieren müssen.

Für die Fraktion: Bernd Jothe, Elke Schröder-Roßbach, Hans-Jürgen Umland, Robert Babacé